



Nach der Krise ist vor der Krise – Was schützt uns vor dem nächsten Mal?

Deutschland hat die globale Wirtschaftskrise schneller als erwartet überwunden. Entscheidende Ursachen hierfür waren – neben dem Anspringen der Weltwirtschaft – die staatlichen Konjunkturpakete und Rettungsschirme, die Lohnzurückhaltung sowie das Zurückstellen parteitaktischer Interessen hinter sachpolitisch gebotene Lösungen. Dennoch ist die Weltkonjunktur nach wie vor labil, sodass neue wirtschaftliche Krisen drohen, z. B. Spekulationsblasen, Staatspleiten oder Währungskriege. Eine Stärkung der Instrumente, die uns erfolgreich durch die vergangene Wirtschaftskrise brachten, ist daher dringend geboten.

Dr. Thieß Petersen
Programm
„Zukunft global
denken“

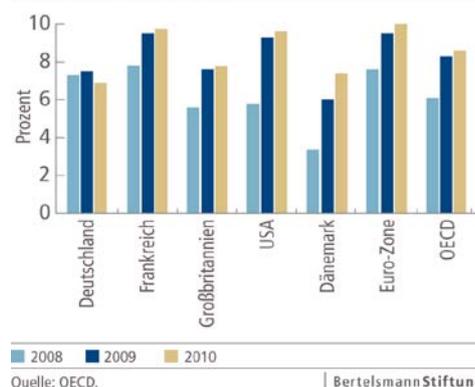
Telefon:
+49 5241 81-81218
E-Mail:
thiess.petersen@
bertelsmann-
stiftung.de

Dr. Jörg Habich

Telefon:
+49 5241 81-81277
E-Mail:
joerg.habich@
bertelsmann-
stiftung.de

Fokus

Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich



Mit dem Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise stieg die Arbeitslosigkeit in fast allen entwickelten Volkswirtschaften. Während die Arbeitslosenquote in der Gesamtheit der 33 OECD-Länder von 2008 auf 2009 um 2,2 Prozentpunkte anstieg, nahm sie in Deutschland lediglich um 0,2 Prozentpunkte zu und ist mittlerweile – anders als in den restlichen OECD-Ländern – wieder unter dem Niveau des Jahres 2008.

1. Was schützt uns vorm nächsten Mal?

Nach dem stärksten Wirtschaftseinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die deutsche Konjunktur – trotz Unkenrufen vieler Experten – schnell erholt. Für das abgelaufene Jahr 2010 geht das Statistische Bundesamt vorläufig von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 3,6 Prozent aus. Für 2011 erwarten die aktuellen Prognosen immerhin noch ein Wachstum von über zwei bis 2,5 Prozent. Für viele gilt: diese Krise ist überwunden und Deutschland befindet sich wieder auf einem stabilen Wachstumspfad.

Auch wenn es momentan keinen Anlass dafür gibt, dass ein wirtschaftlicher Abschwung unmittelbar bevorstehen könnte, gibt es dennoch zahlreiche Risiken, die einen erneuten Wirtschaftseinbruch zur Folge haben könnten. China, die derzeitige Wachstumslokomotive der Weltwirtschaft, zeigt Hinweise auf ein wirtschaftliches Überhitzen und Blasenbildungen an den Vermögensmärkten. Die steigenden Rohstoffpreise – der Erdölpreis hat sich beispielsweise im Vergleich zum Tief in der Wirtschaftskrise mittlerweile schon wieder mehr als verdoppelt – wirken wachstumsdämpfend. Die hohe globale Liquidität sucht Anlagemöglichkeiten und bildet die Basis für neue Spekulationsblasen. Zugleich steigen die Aktienkurse verglichen mit Dividenden wieder stark an und lassen ebenfalls spekulative Blasen vermuten. Der DAX hat das Vorkrisenniveau bereits erreicht und scheint sich zu einem Allzeithoch auf-

schwingen zu wollen. Die hohe Staatsverschuldung der entwickelten Volkswirtschaften infolge der Konjunkturprogramme und Bankenrettungspakete wird auch noch in den nächsten Jahren steigen. Ende 2010 gingen Prognosen für Japan davon aus, dass die öffentliche Verschuldung dort im Jahr 2015 den extrem hohen Stand von etwa 250 Prozent des BIP erreichen würde. Die Natur- und Nuklearkatastrophe vom März 2011 wird diesen Wert zusätzlich in die Höhe treiben. Die Auswirkungen auf die japanische Wirtschaftsleistung und auf die Weltwirtschaft sind noch gar nicht seriös abschätzbar. Globale Konjunkturrisiken erwachsen auch aus der Eurokrise, den politischen Umwälzungen in Nordafrika, der schleppenden Wirtschaftsentwicklung in den USA, den globalen Leistungsungleichgewichten sowie den damit verbundenen drohenden Abwertungs- und Protektionsmuswettläufen. Zu Beginn des Jahres 2011 stellt sich daher die Frage: Sind wir auf einen eventuellen erneuten globalen Konjunkturreinbruch vorbereitet bzw. haben wir aus der letzten Krise wirklich gelernt?

2. Was hat Deutschland schneller als erwartet durch die Krise gebracht?

Exportorientierung und Euro

Wegen seiner starken Exportabhängigkeit litt Deutschland besonders stark unter dem Rückgang des Welt Handels in Folge des globalen Wirtschaftsabschwungs. Besonders betroffen war davon das produzierende Gewerbe. Die hohe Exportabhängig-

keit stellt aber nicht nur ein Konjunkturrisiko dar, sondern auch eine Chance. Im Zuge der weltweiten wirtschaftlichen Erholung – vor allem in den asiatischen Schwellenländern – profitierte die deutsche Exportgüterindustrie besonders stark von der schnellen Erholung der Schwellenländer und deren steigender Import-

nachfrage. Auch der momentan stark in die Kritik geratene Euro hat Deutschland geholfen, die negativen Folgen der globalen Wirtschaftskrise abzufedern. Der Euro hat Wechselkurschwankungen und -unsicherheiten sowie die damit verbundenen Risikoabsicherungskosten und Devisenumtauschkosten eliminiert. Dies ist für die europäischen Unternehmen – also auch die deutschen Anbieter – ein Kostenvorteil im internationalen Wettbewerb. Selbst die europäische Schuldenkrise, die zu einer Schwächung des Euros führt, hat für Deutschland kurzfristig ökonomische Vorteile. Die Euro-Abwertung steigert die deutschen Exporte außerhalb des Euro-Raumes und erhöht so die Produktion und Beschäftigung in Deutschland. Da Deutschland innerhalb der Euro-Zone als ein sicherer Anlagehafen gilt, ziehen Investoren ihr Geld aus anderen Euro-Ländern ab und legen es vermehrt in Deutschland an. Dieser Geldzufluss drückt die Realzinsen. Von den niedrigen Zinsen profitieren die Konsumenten (niedrige Kosten für Konsum- und Immobilienkredite), die Unternehmen (geringe Finanzierungskosten bei Investitionen) und der Staat (geringe Kreditkosten), sodass der geringe Realzins die Binnenkonjunktur stärkt und damit die Beschäftigung steigert. Und schließlich: Gäbe es noch die DM, den Franc und die Lira, käme es angesichts der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands zu einer erheblichen Aufwertung der DM. Das würde die deutschen Exporte im Ausland verteuern, das Wirtschaftswachstum dämpfen und den Arbeitsmarkt belasten.

"Exportnation Deutschland profitiert von der europäischen Integration."

lands in die Weltwirtschaft und die Europäische Union ist daher eine wesentliche Voraussetzung für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Da gegenwärtig über 60 Prozent aller deutschen Exporte in Länder der Europäischen Union geliefert werden bzw. über 40 Prozent in den Euro-Raum, hat Deutschland ein vitales Eigeninteresse an einer wirtschaftlich stabilen Entwicklung in Europa. Hierzu gehören eine rasche Beendigung der Euro-Krise und die langfristige Stabilisierung des Euros, notfalls zu dem Preis von Transferzahlungen zur Verhinderung eines Auseinanderfallens der Euro-Zone.

Auch die gegenwärtig diskutierte Aufspaltung der Euro-Zone in eine Nord- und eine Südregion wäre nicht im Interesse Deutschlands. Dieser Vorschlag hätte zwar den Vorteil, dass die Zinsen der Nordländer – und damit die Finanzierungskosten – wegen der hohen Bonität niedriger wären als jetzt. Die mit einer Aufspaltung der Euro-Zone verbundene Aufwertung des Nord-Euros würde jedoch zu Lasten deutscher Exporteure gehen und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands beeinträchtigen. Die Südregionen könnten über eine Abwertung des Süd-Euros zwar ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern. Gleichzeitig jedoch würden in den Südregionen die Zinsen und die Staatsschulden in die Höhe schnellen und dort zu einem Wirtschaftseinbruch führen. Die sinkenden Exporte in diese Regionen würden dann auch in Deutschland zu einem Wirtschaftsabschwung führen. Zudem wäre eine Kapitalflucht aus den Südregionen in die Nordregionen zu erwarten. Dies würde in den Nordregionen den Infla-

tionsdruck und die Gefahr von Spekulationsblasen erhöhen. Beides hätte negative Konsequenzen für die Realwirtschaften der Nordregionen. Insgesamt hängt Deutschlands wirtschaftlicher Erfolg also nach wie vor in erheblichem Maße vom Außenhandel ab. Daher sind protektionistische Maßnahmen oder Abwertungswettläufe, die den Welthandel einschränken, nicht

im Interesse Deutschlands. Die Stabilisierung des Euros und die Verhinderung von protektionistischen Maßnahmen sind folglich zwei entscheidende Stellschrauben zur Sicherung des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland. Hier bestehen allerdings auch erhebliche Herausforderungen: Noch profitiert Deutschland als Exportnation vom Euro und sogar der Euro-Krise. Sollten die erforderlichen Transferzahlungen zur Stabilisierung des Euros jedoch weiter steigen, würde dies die Kosten der deutschen Steuerzahler immer weiter in die Höhe treiben. Ob Deutschland dann noch Profiteur des Euros bleibt, ist fraglich. Zudem würde die Akzeptanz der Euros in Deutschland noch weiter sinken. Weiterhin ist nach wie vor ungeklärt, wie ein Beitrag Deutschlands zum notwendigen Abbau der globalen Leistungsbilanzungleichgewichte aussehen kann, ohne dass die Abkehr vom exportorientierten Wachstumsprozess zu einem Produktions- und Beschäftigungseinbruch führt.

Nachfragestabilisierung durch Konsumenten und Staat

Die Stabilisierung der Binnennachfrage verhinderte einen größeren Rückgang der Produktion und Beschäftigung. Entgegen aller Befürchtungen brach die private Konsumnachfrage in Deutschland nicht ein. Hierfür sind verschiedene Ursachen verantwortlich. Zu nennen sind die geringen Realzinsen, die sich aus der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ergaben und – speziell mit Blick auf Deutschland – aus den schon angesprochenen Kapitalzuflüssen in den »sicheren Anlegehafen« Deutschland. Die geringen realen Zinsen haben die Konsumneigung der Bürger und die Investitionsneigung der Unternehmen

gestärkt. Die Garantie der Bundesregierung für die Spar- und Bankeneinlagen der deutschen Sparer sowie die Bankenrettungsschirme stabilisierten das Vertrauen der Anleger. Ein bei Ausbruch der Finanzkrise befürchtetes »Angstsparen« blieb daher aus, sodass auch die private Konsumnachfrage nicht in dem befürchteten Ausmaß einbrach.

Zudem wurden private Nachfrageausfälle durch staatliche Konjunkturprogramme aufgefangen. Die beiden deutschen Konjunkturpakete und weitere nachfrageerhöhenden Maßnahmen (neben Staatsausgabenerhöhungen auch die Senkung von Steuern und Abgaben) erreichten in Deutschland in den Jahren 2009 und 2010 ein Gesamtvolumen von rund 85 Milliarden Euro. Diese fiskalischen Eingriffe waren erfolgreich und verhinderten einen stärkeren Wirtschaftseinbruch. Außerdem bewirkten sie, dass die Gefahr vor Arbeitsplatzverlusten in Deutschland einigermaßen moderat ausfiel, sodass die Bürger nicht aus Angst vor einem drohenden Arbeitsplatzverlust ihre Konsumausgaben einschränkten. Vertrauensbildend wirkte zudem der Umstand, dass die genannten politischen Maßnahmen nicht von parteipolitischen Streitigkeiten zerredet wurden, sondern im Konsens beschlossen und verabschiedet wurden.

Eine zentrale Konsequenz für zukünftige Wirtschaftskrisen ist, dass ein starker Staat, dem die Menschen vertrauen, eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik durchführen kann, wenn die politischen Entscheider sich an sachlogischen Gegebenheiten orientieren und dogmatische Überzeugungen über Bord werfen. Ob die Finanzierung umfangreicher staatlicher Maßnahmen

angesichts des erreichten Schuldenstands und der zukünftigen demografischen Entwicklungen in Deutschland (sinkende Zahl von Steuer- und Beitragszahlern, wachsende Anforderungen an staatliche Leistungen im Bereich der Alters-, Gesundheits- und Pflegeversicherung) ein zweites Mal gelingt, ist fraglich.

Arbeitsmarkt

Wenn der statistische Zusammenhang zwischen Produktion und Beschäftigung in den Jahren vor der Krise (1995 bis 2008) in Deutschland auch im Jahr 2009 gegolten hätte, wäre die Zahl der Arbeitnehmer im privaten, nicht-landwirtschaftlichen Sektor im Jahresdurchschnitt 2009 gegenüber dem Vorjahr um rund 500.000 zurückgegangen. Tatsächlich belief sich der Rückgang aber nur auf 30.000 Personen. Verantwortlich für die im internationalen Vergleich überdurchschnittliche gute Arbeitsmarktentwicklung war vor allem die Reduzierung der jährlich geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitnehmer im Jahr 2009. Diese wurde wiederum erreicht durch die temporäre Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit inklusive der Zunahme der Teilzeitarbeit (entsprach 43 Prozent des Rückgangs der Jahresarbeitszeit), durch den Abbau von Überstunden und Guthaben auf Arbeitszeitkonten (36 Prozent des Rückgangs der Jahresarbeitszeit) und schließlich durch die Kurzarbeit (32 Prozent des Rückgangs der Jahresarbeitszeit). Die mit Unterstützung der Sozialpartner in den vergangenen Jahren mögliche moderate tarifliche Lohnpolitik trug ebenfalls zur Beschäftigungssicherung bei. Gleiches gilt für die umstrittenen Hartz-Gesetze, die vor Ausbruch der Wirtschaftsbrise zum Abbau der chronischen Massenarbeitslosigkeit beitrugen und die Arbeitsmarktsituation in der Krise stabilisierten. Schließlich trug auch der demographische Wandel zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei. Er führt dazu, dass mittlerweile mehr Men-

schen den Arbeitsmarkt altersbedingt verlassen als junge Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt erstmals zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage nach der Qualität der entstandenen Beschäftigung neu zu stellen. Dies verstärkt den Fachkräftemangel und stellt somit einen Anreiz für die Unternehmen dar, Fachkräfte auch dann weiter zu beschäftigen, wenn es zu temporären Produktionseinbrüchen kommt.

Entscheidend für die überraschend gute Arbeitsmarktentwicklung sind somit zwei Aspekte. Zum einen hat sich das Instrument der staatlich unterstützten Kurzarbeit bewährt. Zum anderen hat es sich in der Krise aber auch ausgezahlt, dass die Sozialpartner in den Jahren zuvor Spielräume für Bündnisse für Arbeit auf der betrieblichen Ebene geschaffen haben. Arbeitnehmer und Arbeitgeber konnten vor Ort Vereinbarungen über Arbeitszeiten und Löhne treffen, mit denen im Gegenzug die Beschäftigung stabilisiert worden ist. Dass auch die Unternehmen in der Krise ein großes Interesse am Arbeitsplatzertand hatten, ist nicht zuletzt auf bevorstehende Fachkräfteknappheiten zurückzuführen.

Für die Zukunft ergibt sich eine entscheidende Herausforderung. Die Maßnahmen, die die Beschäftigung in der Krise stabilisiert haben – die Lohnzurückhaltung und die Ausweitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse sowie die Flexibilisierung durch die Hartz-Gesetze –, tragen gleichzeitig dazu bei, dass die Einkommensungleichheiten in Deutsch-

"Partnerschaftlich vereinbarte Arbeitsreduktionen in den Betrieben haben Massenentlassungen

land zunehmen. Wenn dieses Auseinanderdriften angesichts der angespannten Lage der öffentlichen Finanzen nicht mehr so wie im bisherigen Ausmaß durch staatliche Umverteilungspolitik kompensiert werden kann, ist die dauerhafte soziale Stabilität bedroht.

Banken- und Finanzsystem

Das deutsche Bankenwesen gilt im internationalen Vergleich als konservativ und risikoscheu. Dies trifft insbesondere für die Anlagepolitik der Sparkassen zu, die in Deutschland das Privatkundengeschäft dominieren. Der deutsche Kapitalmarkt war daher im Jahr 2008 auch 'nur' der drittgrößte europäische Kapitalmarkt nach Großbritannien und Frankreich. Die relativ vorsichtige Anlagepolitik erwies sich in der Finanzkrise als ein Vorteil. Eine weitere Folge der vorsichtigen Anlagepolitik ist, dass der Anteil des Finanzdienstleistungssektors an der Entstehung des BIP in Deutschland geringer ist als beispielsweise in Großbritannien. Dies hat wiederum zur Folge, dass die Krise der Finanzdienstleistungsbranche auch nur in einem geringeren Ausmaß zum Rückgang des BIP beitrug. Die vorsichtige Anlagepolitik der deutschen Banken verhinderte zudem – anders als in Großbritannien, Spanien, den USA und Irland – das Entstehen einer kreditfinanzierten Immobilienblase.

Die schnelle Garantie der Bundesregierung für sämtliche privaten Sparkonten und Festgelder, die staatlichen Bürgschaften und Liquiditätsspritzen, die Möglichkeit der teilweisen oder sogar vollständigen staatlichen Übernahme von Finanzinstituten und die Veröffentlichung der Ergebnisse des EU-Banken-stresstests im Sommer 2010 haben das Vertrauen der Bürger in das Bankensystem stabilisiert und die Märkte beruhigt. Massive Kapitalabzüge aus dem Bankensystem konnten so verhindert werden. Dies trug dazu

bei, dass eine befürchtete Kreditklemme ausblieb.

Es ist zu erwarten, dass sich die vorsichtige Anlagepolitik der deutschen Banken, vor allem die der Sparkassen, auch in Zukunft als ein wichtiger Stabilitätsanker der deutschen Volkswirtschaft erweisen kann. Desweiteren haben die Erfahrungen zur Stabilisierung des Bankensystems gezeigt, dass im Fall von Marktversagen bzw. Ineffizienzen von Märkten (Intransparenz bzw. systematischen Informationsdefiziten) staatliche Regulierungen sinnvoll und gerechtfertigt sind. Die größten Herausforderungen für das Banken- und Finanzsystem bestehen nach wie vor darin, die Entstehung von neuen Spekulationsblasen zu verhindern, die Systemrelevanz von Finanzinstituten zu verringern und die Effektivität der Finanzaufsicht national und international zu erhöhen.

Politische Entscheidungs- und Kommunikationsprozesse

"Partei- übergreifende Sachlösungen verdrängen wahltaktische Überlegungen"

Die politischen Entscheidungen zur Reaktion auf die globale Finanz- und Wirtschaftsregierung zeichneten sich vor allem durch ihre Schnelligkeit und parteiübergreifende Konsenslösungen aus. Schon kurz nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers

am 15. September 2008 garantierte die Bundesregierung sämtliche privaten Sparkonten und Festgelder (am 8. Oktober 2008) und stellte Bundesbürgschaften zur Erhöhung der Bankenliquidität in Höhe von 480 Milliarden Euro zur Verfügung (17. Oktober 2008). Trotz des nahenden Bundestagswahlkampfes legte die große

Koalition ein parteiübergreifendes Engagement an den Tag und wurde somit ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Krisenbewältigung gerecht. Die Regierungsparteien lösten sich dabei auch von ideologischen Überzeugungen. So verzichtete die SPD beispielsweise auf stärkere Marktinterventionen, während die CDU/CSU von drastischen

Steuersenkungsprogrammen Abstand nahm.

Die ausgedehnte Berichterstattung über die Krise in den Medien (Presse, Rundfunk, Fernsehen, Internet) erhöhte die Akzeptanz der Bevölkerung für die getroffenen Entscheidungen. Die Intensivierung der Zusammenarbeit im multilateralen Rahmen (Europäische Union, G-20) erleichterte internationale Vereinbarungen zur Bewältigung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die neben nationalen Maßnahmen zwingend erforderlichen waren.

Fazit

Aus den vorangehenden Ausführungen lassen sich unserer Ansicht nach vier zentrale Lehren für die Bewältigung zukünftiger Krisen ziehen.

Erstens: Regulierende staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben sind nicht kategorisch aus ordnungspolitischen Überzeugungen abzulehnen. Eine funktionierende Marktwirtschaft braucht einen starken Staat, der Fehlentwicklungen und soziale Schief lagen korrigiert sowie Fälle von Marktversagen heilt.

Zweitens: Die Politik muss sich von sachpolitischen Lösungen leiten lassen und nicht von parteipolitischen Dogmen. Verantwortliche Politiker dürfen nicht aus wahltaktischen Überlegungen Entscheidungen treffen, die zwar die Chancen der Wiederwahl erhöhen, aber der Sache nicht dienen. Dies verlangt auch eine aktive und kritische Zivilgesellschaft, die sich gut informiert in wirtschaftliche Debatten einbringt und taktisch agierende Poli-

tiker abwählt.

Drittens: In der Krise haben betriebliche Bündnisse für Arbeit ihre Funktionsfähigkeit unter Beweis gestellt. Die Sozialpartner haben damit ein Instrument geschaffen, das es Arbeitnehmern und Arbeitgebern vor Ort ermöglicht, unter der Maxime der Arbeitsplatzsicherung schnell und flexibel auf neue Anpassungslasten zu reagieren. Diese neue Form der Sozialpartnerschaft, die übergreifende Regelwerke in Form von Tarifverträgen mit flexiblen Reaktionsmöglichkeiten auf der betrieblichen Ebene vereinbart, gilt es in Zukunft weiter auszubauen.

Viertens: Als exportorientierte Volkswirtschaft hat Deutschland ein ureigenes Interesse an einer funktionierenden Weltwirtschaft mit stabilen Währungssystemen und sollte daher alles daran setzen, beides auch in Zukunft zu fördern. Neben Maßnahmen zur Stabilisierung des Euros gehört dazu der Ausbau der internationalen Kooperation, gegebenenfalls sogar zu dem Preis, nationale Kompetenzen abzugeben, denn eine globale Ökonomie braucht verlässliche globale Regeln und Strukturen. Hier besteht jedoch zugleich eine der größten Herausforderungen für die Verhinderung bzw. Bewältigung zukünftiger Krisen, denn ob die Länder tatsächlich bereit sind, nationalstaatliche Kompetenzen abzugeben, ist fraglich.

Literatur

- Leamann, Jeremy. Die Krise bewältigen: Eine vergleichende Analyse politischen Managements in 14 Ländern – Länderbericht Deutschland, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2010.

- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung), Chancen für einen stabilen Aufschwung, Jahresgutachten 2010/11, Wiesbaden 2010.

Policy Brief 2011/01: Das Soziale sozialer Marktwirtschaften – Gerechtigkeit in Europa

Soziale Marktwirtschaft hat ihre bisher größte Krise zu bewältigen. Für manche stellt sich die 'soziale Frage' neu – für andere die Frage nach dem 'Sozialen' sozialer Marktwirtschaften. Soziale Gerechtigkeit durch Teilhabe ist Kernanforderung an ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Sozialmodell. Diese beinhaltet Zieldimensionen wie Armutsprävention und Inklusion, die als gesellschaftspolitische Handlungserfordernisse auch im internationalen Vergleich überprüfbar sind.

Policy Brief 2010/01: Globale Leistungsbilanzungleichgewichte – China-Bashing ist keine Lösung

Globale Leistungsbilanzungleichgewichte drohen in einen Währungskrieg zu münden. Viele sehen in einer schnellen Yuan-Aufwertung das Allheilmittel zum Abbau aller Handelsungleichgewichte. Dieser Ansatz birgt jedoch die Gefahr eines weltweiten Wirtschaftsabschwungs in sich. Die globalen Leistungsbilanzungleichgewichte lassen sich stattdessen nur durch einen Maßnahmenmix abbauen, bei dem Defizit- und Überschussländer gefordert sind.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

ISSN-Nummer: 2191-2459

Themen der nächsten Ausgaben:

- Zukunftsmodell Soziale Marktwirtschaft
- Ökonomische Konsequenzen gesellschaftlicher Alterung
- Zunehmende Lohnspreizung – der deutsche Sonderweg

